

Friedrich Naumann als Antipode Eugen Richters

Eugen Richter und Friedrich Naumann dürften diejenigen Linksliberalen der späten Kaiserzeit sein, die heute noch am ehesten einen gewissen Bekanntheitsgrad haben. Obwohl beide Männer der gleichen politischen Strömung angehörten, bestanden zwischen ihnen so starke Differenzen, dass man sie getrost als Antipoden bezeichnen kann.

Als Eugen Richter im Jahre 1906 starb, wurde sein Wirken in vielen Nachrufen gewürdigt. Einer der Nachrufe stammte von Friedrich Naumann¹. In den ersten beiden Sätzen seines Nachrufs wies Naumann in vorsichtiger, diskreter Weise darauf hin, dass es zwischen Richter und der von ihm, Naumann, vertretenen Richtung des Linksliberalismus heftige Differenzen gegeben hatte. Er schrieb: »Solange Eugen Richter lebte, war es für uns schwer, über die vortrefflichen persönlichen Eigenschaften dieses Volkstribunen zu sprechen, da er selbst seine Sonnenseite gerade uns gegenüber zu verhüllen pflegte. Wir wußten, daß er auch liebenswürdig sein konnte, aber wir erfuhren es nur indirekt.«² Unmittelbar danach würdigte Naumann aber die »Lebensarbeit« des Verstorbenen, die der »staatsbürgerlichen deutschen Freiheit« gegolten habe.³

Am Ende des Nachrufs sprach Naumann den entscheidenden Streitpunkt zwischen ihm und Richter an: die Haltung zur Arbeiterbewegung, zur Sozialdemokratie. Richter stand der Sozialdemokratie mit schroffer Feindseligkeit gegenüber. Er sah in dieser Partei ein »Kunstprodukt« des reaktionären Staates. Richter war in den 1860er Jahren, während des Verfassungskonflikts in Preußen, zu dieser Auffassung gekommen und hielt hartnäckig daran fest. Naumann schrieb in seinem Nachruf über Richter: »Als Individualist hatte er auch von vornherein kein inneres Gefühl für den aufkommenden Sozialismus. Er bekämpfte ihn verstandesmäßig, rechnerisch, und traf dabei doch nicht, was an seelischer Lebendigkeit in ihm war. Daß auch der Sozialismus eine Welle des Liberalismus ist, konnte ihm nie aufgehen, er sah ihn immer nur als gegensätzliche Theorie und als gegensätzliche Partei.«⁴

1 Friedrich Naumann: Eugen Richter, in: Derselbe. Werke, Bd. 5: Schriften zur Tagespolitik. Bearb. von Alfred Milatz, Köln u. Opladen 1964, S. 372 – 376.

2 Ebenda, S. 372.

3 Ebenda.

4 Ebenda, S. 375.

Der Nachruf Naumanns war pietätvoll abgefasst. In den Jahren zuvor hatten sich Naumann und Richter heftig bekriegt. Naumann war seit 1903 Mitglied der Freisinnigen Vereinigung. Zwischen der Freisinnigen Vereinigung und Richters Freisinniger Volkspartei gab es jedoch bei allen Differenzen auch grundlegende Gemeinsamkeiten. Beide Parteien⁵ waren bis 1893 vereint gewesen, und sie haben sich 1910 von neuem vereinigt.

Es gibt im Nachlass Naumanns⁶ keinen Brief Richters an Naumann und keine Kopie eines Briefes von Naumann an Richter. Beide Politiker haben offensichtlich nicht direkt miteinander kommuniziert, sondern sich nur öffentlich übereinander geäußert. Dabei fuhren Naumann und Richter in ihrem Streit schweres Geschütz auf. So nannte Naumann in der 1. Auflage von »Demokratie und Kaisertum« Richter ein »Hemmnis des Fortschritts« und »eine Art manchesterlicher Insel in einer anders gewordenen Welt«. Er erklärte: Politik à la Richter führe zur »politischen Versteinerung«.⁷ In der 3. Auflage seiner Schrift im Jahre 1904 hieß es gar, Richter sei zum »toten Bestandteil im Körper des Liberalismus«⁸ geworden. Auch Richter blieb Naumann nichts schuldig. So stand 1904 in Richters »Freisinniger Zeitung« zu lesen: »Die Naumannen sind Verächter des Liberalismus und zugleich Schrittmacher der Sozialdemokratie!«⁹

Hauptstreitpunkt zwischen Naumann und Richter war, wie oben erwähnt, die Haltung zur Arbeiterbewegung, zur Sozialdemokratie. Richter hatte einerseits 1878 das Sozialistengesetz als »Bankrotterklärung der bürgerlichen Gesellschaft«¹⁰ bezeichnet. Andererseits hatte er 1884 in seiner Fraktion den Fraktionszwang aufgehoben und also den ehemaligen Sezessionisten ermöglicht, für eine Verlängerung des Sozialistengesetzes zu stimmen.¹¹ Unter der Führung Richters hat der Freisinn dann gegen sämtliche Sozialgesetze Bismarcks gestimmt.

Denn die »staatssozialistischen« Aktivitäten Bismarcks hatten bei Richter und anderen führenden Linksliberalen alte Ängste vor der Arbeiterbewegung

5 Ludwig Elm: Freisinnige Vereinigung, in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789 – 1945). In vier Bänden. Hrsg. von Dieter Fricke, Werner Fritsch [u. a.], Bd. 2, Leipzig 1984, S. 682 – 693; Derselbe: Freisinnige Volkspartei, in: Ebenda, S. 694 – 707; Konstanze Wegner: Theodor Barth und die Freisinnige Vereinigung. Studien zur Geschichte des Linksliberalismus im Wilhelminischen Deutschland (1893 – 1910), Tübingen 1968.

6 Nachlass Friedrich Naumann. Bestand N 3001. Bearb. von Ursula Krey u. Thomas Trumpp, Koblenz 1996 = Findbücher zu den Beständen des Bundesarchivs, Bd. 55.

7 Friedrich Naumann: Demokratie und Kaisertum, in: Derselbe. Werke, Bd. 2: Schriften zur Verfassungspolitik. Bearb. von Wolfgang Mommsen, Köln u. Opladen 1964, S. 62 u. 63.

8 Ebenda, S. 68.

9 Freisinnige Zeitung, 5.1.1904.

10 Zit. nach Ina Susanne Lorenz: Eugen Richter. Der entschiedene Liberalismus in wilhelminischer Zeit 1871 bis 1906, Husum 1981, S. 133.

11 Ebenda, S. 142 f.; Gustav Seeber: Zwischen Bebel und Bismarck. Zur Geschichte des Linksliberalismus in Deutschland 1871 – 1893, Berlin 1965, S. 140 f.

wachgerufen. Die Sorge, sie könnten zwischen Regierung und Konservativen einerseits, der Arbeiterbewegung andererseits gleichsam wie zwischen Mühlsteine geraten, hatte viele Liberale schon in den 1860er Jahren geplagt. So hatte Rudolf von Bennigsen, Präsident des Deutschen Nationalvereins, am 18. Januar 1862 in einem Brief an August Lammers geschrieben, das deutsche Bürgertum stehe »inmitten der kirchlichen und politischen Reaktion auf der einen Seite und der drohenden Arbeiterfrage auf der andern«, und es erscheine ihm oft fraglich, ob denn das Bürgertum »für die Dauer zur politischen Herrschaft berufen« sei.¹² Und Heinrich Bernhard Oppenheim hatte sogleich nach dem ersten Auftreten Ferdinand Lassalles von verräterischer Demagogie, die »meistens im Solde des Feudalismus« stehe, gesprochen.¹³

Neben derlei Ängsten vieler Liberaler wirkte, wie Dieter Langewiesche es formuliert hat, deren traditioneller »Glaube an die Selbstheilungskräfte der Gesellschaft, z. T. gesteigert bis zu manchesterlicher Blindheit und ökonomischem Darwinismus«.¹⁴ Richter und andere Linksliberale hegten Berührungsängste gegenüber der Sozialdemokratie, ja eine Art Abgrenzungsneurose, und folgten damit einem undifferenzierten Freund-Feind-Schema. Umgekehrt gab es diese Reflexe auch bei den Sozialdemokraten. So schrieb der namhafte linke Sozialdemokrat Franz Mehring am 20. Juni 1908 im Parteiorgan »Die Neue Zeit«: »An eine Wiedergeburt des Liberalismus, an die Möglichkeit eines Bündnisses mit ihm, um die Junkerherrschaft zu stürzen, können jetzt nur noch komplette Narren glauben.«¹⁵

Solche Berührungsängste waren Naumann fremd. Als junger Pfarrer hatte er im Jahre 1888 ein Schlüsselerlebnis: er nahm in Annaberg an einer Arbeiterversammlung teil und diskutierte mit Sozialdemokraten. In einem Brief an Martin Rade schrieb er am 23. August 1888:

»... diese Kluft zwischen Glauben und Arbeiterwelt! Mir ist das Herz schwerer geworden als je zuvor. Es gilt ganz anders arbeiten! Unsere Pastoren müssen soziale Fragen studieren, denn nur auf diesem Gebiet gibt es noch Anknüpfungspunkte. Das Misstrauen gegen jeden Geistlichen, das sich teilweise aussprach, war erschreckend! Man hat hier zu lange gezögert. Jetzt sieht es aus, als wäre schon viel verloren. Die armen Leute! Gott gebe uns Klarheit u. Liebe genug, ihnen wenigstens irgendwie zu dienen!«¹⁶

Zwei große Fragen beschäftigten Naumann fortan: wie die Lage der Arbeiter verbessert werden und wie der Einfluss der atheistischen Sozialdemokratie

12 Hermann Oncken: Rudolf von Bennigsen. Ein deutscher liberaler Politiker. Nach seinen Briefen und hinterlassenen Papieren, Bd. 1: Bis zum Jahre 1866, Stuttgart u. Leipzig 1910, S. 550.

13 Gustav Seeber, S. 37.

14 Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988, S. 196.

15 Franz Mehring: Zur Kritik des Liberalismus, in: Derselbe. Gesammelte Schriften, Bd. 15: Politische Publizistik 1905 bis 1918, 2., durchges. Aufl., Berlin 1973, S. 353.

16 Universitätsbibliothek Marburg, Nachlass Rade.

auf die Arbeiterschaft zurückgedrängt werden könne. Naumann las Schriften von August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Ferdinand Lassalle, Friedrich Engels, später auch von Karl Marx. Etliches an den ökonomischen Gedankengängen, die er so kennen lernte, leuchtete ihm ein und blieb haften. 1888 veröffentlichte er in Martin Rades Zeitschrift »Christliche Welt« die Artikelserie »Die Zukunft der inneren Mission«.¹⁷ 1889 folgten die Schriften »Arbeiterkatechismus oder der wahre Sozialismus«¹⁸ und »Was tun wir gegen die glaubenslose Sozialdemokratie?«¹⁹ Im »Arbeiterkatechismus« erklärte Naumann, nachdem er auf das seit 1878 geltende Sozialistengesetz hingewiesen hatte: »Sozialismus an sich ist nicht verboten. Verboten ist nur, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung umstürzen zu wollen.«²⁰ Als Lösung für die sozialen Herausforderungen seiner Zeit schwebte ihm ein christlich geprägter Sozialstaat vor. In seinem Aufsatz »Die Zukunft der inneren Mission« schrieb er 1888: »Die Zukunft der inneren Mission ist die Zukunft des Sozialismus. [. . .] Der Zukunftsstaat wächst nicht ohne starken Zusatz christlicher Elemente auf.«²¹

Im Jahre 1895 erhielten Naumann und seine Freunde zwei entscheidende Anstöße, welche ihre bisher christlichsozialen Vorstellungen in neue, nationalsoziale Positionen verwandelten. Den einen gab ihnen der konservative Leipziger Rechtslehrer Rudolf Sohm²²: er trennte in einem Vortrag Staatsdenken und christlichen Glauben strikt und verwarf die Vorstellung, es könne einen christlichen Sozialismus geben. Sohm betonte, dass der Christ in der Gesellschaft seine Aufgabe und seinen Platz habe, der christliche Glaube aber nicht als Norm für die Ordnung der staatlichen Dinge dienen könne. Naumann ist nach anfänglichen Widerstreben schließlich Sohm in seiner Trennung vom »Christlichem« und »Sozialem« gefolgt.

Der andere Impuls ging von Max Webers Antrittsvorlesung in Freiburg²³ aus. Weber forderte darin bekanntlich den Übergang zu einer expansiven Weltmachtspolitik. Gleichzeitig legte er den tiefen Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik dar: das Reich sei gefährdet, solange die deutsche Sozialdemokratie außerhalb von Staat und Gesellschaft stehe.

17 Friedrich Naumann. Werke, Bd. 1: Religiöse Schriften. Hrsg. von Walter Uhsadel, Köln u. Opladen 1964, S. 87 – 112.

18 Ebenda, Bd. 5, S. 1 – 63.

19 Ebenda, Bd. 1, S. 112 – 141.

20 Ebenda, Bd. 5, S. 52.

21 Ebenda, Bd. 1, S. 104 f.

22 Über Sohm siehe H. Buhler: Kirche und Staat bei Rudolf Sohm, Zürich 1965.

23 Zur Antrittsvorlesung Max Webers siehe Wolfgang J. Mommsen: Max Weber und die deutsche Politik 1890 – 1920, 2., überarb. u. erw. Auflage, Tübingen 1974, S. 37 ff.; Joachim Radkau: Max Weber. Die Leidenschaft des Denkens, München/Wien 2005, S. 215 ff.

Folglich gründete Naumann 1896 den Nationalsozialen Verein.²⁴ Hatte er bisher eine ausgeprägt antikapitalistische Sichtweise gehabt, wandte er sich nun allmählich davon ab und faßte Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit einer sozial reformierten kapitalistischen Ordnung.²⁵

Im Frühjahr 1900 veröffentlichte Naumann sein Buch »Demokratie und Kaisertum«.²⁶ Er ging darin von einer Bestandsaufnahme des deutschen Parteiensystems aus und legte abschließend dar: die alte Elite habe ihren Anspruch auf die politische Führung verwirkt, eine regierungsfähige neue Elite stehe noch nicht bereit. Deshalb forderte er, das politische System im liberalen und demokratischen Sinne umzugestalten. Dabei stellte er das Zweiparteiensystem Großbritanniens als Vorbild dar.²⁷

Als die entscheidende Kraft bei der Umgestaltung Deutschlands sah Naumann nun die Sozialdemokratie an. Denn er stand den Bestrebungen der Arbeiterbewegung inzwischen mit Respekt und Sympathie gegenüber. In der 1. Auflage seiner Schrift hat er sich selbst als Sozialisten bezeichnet²⁸; in der 3. Auflage von 1904 hat er diesen Satz dann weggelassen.

Naumann entwickelte in seiner Schrift folgenden Gedankengang: Das Endziel der Sozialdemokratie, nämlich die sozialistische Revolution mit der Eroberung der Macht, sei unrealistisch. Die Führer der Partei wüssten das im Grunde auch, hielten aber trotzdem an ihrer revolutionären Programmatik und Rhetorik fest. In der Praxis machten sie eine vorsichtige Politik, die darauf abziele, im Rahmen der bestehenden Ordnung Reformen durchzusetzen. Naumann rief die Führer der Sozialdemokratie auf, sich zu dem zu bekennen, was sie in der Praxis ohnehin täten. Dazu schrieb er in der 3. Auflage:

»Das alte sozialdemokratische Ideal einer Vernichtung der bürgerlichen Gesellschaft verschiebt sich in das neue, kleinere, aber dafür aussichtsreichere Ideal, innerhalb dieser Gesellschaft ein Machtfaktor von steigender Wirksamkeit zu werden. In Wirklichkeit ist dieses Ideal längst an Stelle des alten getreten, nur fehlt bisher die Anerkennung der vollzogenen Verschiebung. **Das neue Ideal heißt Herstellung einer Periode, in der Deutschland von links her von demokratischer Seite regiert wird.** Nicht der ganze Kapitalismus, nicht die bürgerliche Gesellschaft soll gestürzt, aber der politische Einfluß der konservativ=klerikalen Majorität im Staat soll gebrochen werden.«²⁹

24 Dieter Düding: Der Nationalsoziale Verein 1896 – 1903. Der geschichtliche Versuch einer parteipolitischen Synthese von Nationalismus, Sozialismus und Liberalismus, München/Wien 1972.

25 Traugott Jähnichen: Neudeutsche Kultur- und Wirtschaftspolitik – Friedrich Naumann und der Versuch einer Neukonzeptualisierung des Liberalismus im Wilhelminischen Deutschland, in: Friedrich Naumann in seiner Zeit. Hrsg. von Rüdiger vom Bruch, Berlin/New York 2000, S. 151 ff.

26 Friedrich Naumann: Demokratie und Kaisertum, in: Derselbe. Werke, Bd. 2, S. 3 – 351.

27 Ebenda, S. 190.

28 Ebenda, S. 7 f.

29 Ebenda, S. 17 f.

Die Hoffnung Naumanns und seiner Freunde, der Nationalsoziale Verein würde sich zu einer aktionsfähigen Partei entwickeln, erfüllte sich nicht. Deshalb löste Naumann 1903 den Verein auf und trat mit dem Gros der Mitglieder in die Freisinnige Vereinigung ein.³⁰

Die Fusion des Nationalsozialen Vereins mit der Freisinnigen Vereinigung verschaffte Naumann eine parteipolitische Plattform, von der aus er seine Ideen von einer Allianz zwischen Liberalen und Sozialdemokraten offensiv verfechten konnte. Sein wichtigster Bundesgenosse war dabei Theodor Barth.³¹

Naumann war in den folgenden Jahren auch bestrebt, die Rechte der Gewerkschaften zu sichern, und deshalb forderte er, den Arbeitern eine betriebliche Mitbestimmung einzuräumen. Im Jahre 1906 erschien sein Buch »Neudeutsche Wirtschaftspolitik«, in dem er sich für einen »Fabrikparlamentarismus« aussprach.³² Darin trat er dafür ein, betrieblichen Arbeiterausschüssen in der Personalpolitik, bei der Arbeitszeitregelung, bei der Ausarbeitung der Fabrikordnungen und bei der Sicherheit am Arbeitsplatz ein Mitspracherecht zu geben.³³ Die Mitarbeit von Gewerkschaftsvertretern in den Ausschüssen war für ihn unerlässlich.

Naumann war inzwischen davon überzeugt, dass nur ein politisches Bündnis zwischen Liberalen, Nationalliberalen und Sozialdemokraten die notwendigen und realistischen Reformen durchsetzen könne. Er nannte ein solches Bündnis »Großblock von Bassermann bis Bebel« (Ernst Bassermann war Vorsitzender der Nationalliberalen Partei, August Bebel Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei). Der »Großblock«, den Naumann erstrebte, bestand in Baden bereits seit 1905.³⁴ Auf der Reichsebene wäre seine Formierung seit dem großen Wahlerfolg der Sozialdemokraten und Liberalen im Jahre 1912 rechnerisch überhaupt kein Problem gewesen. Er kam aber auf der Reichsebene bis 1918 nicht zustande, weil die Mehrheit des deutschen Bürgertums Naumanns Idee eines Zusammengehens mit der Sozialdemokratie schroff ablehnte.

Dies war natürlich ein Ergebnis der wechselseitig ideologisch verbissenen geführten parteipolitischen Kämpfe. Kam der »Großblock« auf Reichsebene nicht zustande, so war doch bereits vor 1914 die künftige »Weimarer Koalition« von SPD, Liberalen und Zentrumspartei im Werden. 1911 setzten diese

30 Dieter Düding, S. 180 ff.

31 Über Barth siehe Konstanze Weber.

32 Friedrich Naumann: Neudeutsche Wirtschaftspolitik, in: Derselbe. Werke, Bd. 3: Schriften zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Bearb. von Wolfgang Mommsen, Köln u. Opladen 1964, S. 422 f.

33 Ebenda, S. 423 ff.

34 Jürgen Thiel: Die Großblockpolitik der Nationalliberalen Partei Badens 1905 – 1914. Ein Beitrag zur Zusammenarbeit von Liberalismus und Sozialdemokratie in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschland, Stuttgart 1976.

Parteien gegen den Widerstand der Konservativen die elsass-lothringische Verfassungsreform durch, 1913 die Vermögenszuwachssteuer.³⁵

Am Vorabend des Weltkrieges hatte Naumann auf die Tagespolitik der Fortschrittlichen Volkspartei nur wenig Einfluss.³⁶ Seine Ideen fanden aber weit über die Partei hinaus bei vielen nachdenklichen Menschen, die auf Veränderungen, auf eine Modernisierung und Demokratisierung des politischen Systems hofften, Anklang. Erst die Novemberrevolution machte auf der Regierungsebene den Weg frei für eine Zusammenarbeit der bürgerlichen Linken mit der Sozialdemokratie. Unter Naumanns maßgeblicher Mitwirkung entstand 1918/19 jene Koalition von DDP, Zentrum und SPD, welche das Fundament der Weimarer Demokratie bildete.

In seiner Haltung zur Sozialdemokratie hat Naumann eine glaubwürdige Alternative zur Verweigerungshaltung Richters entwickelt. Auf zwei weiteren Politikfeldern entwickelte er jedoch nur scheinbare Alternativen. Dies gilt für seine Einstellung zur expansiven wilhelminischen »Weltpolitik« und zur Rolle Kaiser Wilhelms II.

Eugen Richter stimmte einem »informellen Imperialismus« durchaus zu.³⁷ Die wirtschaftliche Expansion sollte aber privat finanziert werden, nicht mit Steuergeldern. Die Kolonialpolitik sollte rentabel sein. Jene Kolonialaktivisten, die immer wieder staatliche Unterstützung verlangten, nannte er, ein Wort August Bebels aufgreifend, »Geschäftspatrioten«³⁸. Über das Vorzeigobjekt der deutschen Expansionspolitik im Fernen Osten spottete er am 14. Dezember 1899 im Reichstag: »Kiautschou, der berühmte Platz »an der Sonne« kommt uns recht theuer zu stehen, die Millionen zerfließen dort wie die Butter.«³⁹ Am 11. Dezember 1900 kam er im Reichstag auf die schwierige Finanzlage des Reiches zu sprechen und schlussfolgerte: »Es geht deshalb gar nicht anders, als daß man aufhört mit der fortgesetzten Vermehrung der Soldaten, der Schiffe, der Kolonien und auch der afrikanischen Eisenbahnen.«⁴⁰ Stand Richter damit dem imperialistischen Zeitgeist skeptisch gegenüber, so geriet Naumann voll in seinen Bann.

Friedrich Naumann hatte sich Max Webers Forderung nach einer deutschen »Weltpolitik«⁴¹ zu eigen gemacht und sie dann energisch vertreten. In der

35 Dieter Langewiesche, S. 226 f.

36 Peter Theiner: Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik. Friedrich Naumann im Wilhelminischen Deutschland (1860 – 1919), Baden-Baden 1983, S. 210 f.; Ludwig Elm: Zwischen Fortschritt und Reaktion. Geschichte der Parteien der liberalen Bourgeoisie in Deutschland 1893 – 1918, Berlin 1968, S. 226.

37 Dieter Langewiesche, S. 221; Ina Susanne Lorenz, S. 100 ff.

38 Dieter Langewiesche, S. 221.

39 Zit. nach: Hans-Peter Goldberg: Bismarck und seine Gegner. Die politische Rhetorik im kaiserlichen Reichstag, Düsseldorf 1998, S. 186.

40 Zit. nach: Ina Susanne Lorenz, S. 107.

41 Zur wilhelminischen »Weltpolitik« siehe Gerd Fesser: Der Traum vom Platz an der Sonne. Deutsche »Weltpolitik« 1897 – 1914, Bremen 1996.

Folge hat er sehr viel zu dieser »Weltpolitik« veröffentlicht, aber in der Werkausgabe ist nur ein Teil davon enthalten. Insbesondere fehlen etliche seiner Beiträge aus der »Hilfe«. Die Einzelveröffentlichungen, darunter die Schrift »Asia«⁴², fehlen fast ganz. Bereits die Rede Naumanns auf dem Gründungskongress des Nationalsozialen Vereins in Erfurt enthielt ein dezidiertes Bekenntnis zur deutschen »Weltpolitik« mit klarer Frontstellung gegen Großbritannien. Naumann sagte:

»Es geht nicht an, daß England allein über die ganze Erde seine Macht ausdehnt; wir brauchen für unser Bevölkerungswachstum Kolonien [. . .] wenn wir Kolonialbesitz erhalten und weiter erwerben wollen und müssen, bedürfen wir einer Flotte. Und die ist eine der produktivsten Anlagen [. . .] Unser Brot wird hängen an unseren Schiffen«.⁴³

Zu Beginn des Jahres 1897 erschien Naumanns »Nationalsozialer Katechismus«, der in der Form eines Frage-Antwort-Spiels einige der krassesten Formulierungen Naumanns zur »Weltpolitik« enthält. Eingangs stellte Naumann die Frage: »Was ist das Nationale?« und antwortete: »Es ist der Trieb des deutschen Volkes, seinen Einfluß auf der Erdkugel auszudehnen«.⁴⁴

Naumann forderte, den künftigen großen Krieg gegen England öffentlich zu erörtern und das Volk so auf diesen Konflikt vorzubereiten. Er erklärte, dass Deutschland weitere Kolonien benötige, stellte die Frage: »Bei welchen Gelegenheiten können solche Kolonien gewonnen werden?« und antwortete: »Bei Friedensabschlüssen nach glücklichen Seekriegen«.⁴⁵

In den von Naumann 1896 entworfenen »Grundlinien« wurden bereits der Bau einer starken deutschen Kriegsflotte und die Expansion nach Übersee verlangt.⁴⁶ Das ist insofern beachtenswert, als zu diesem Zeitpunkt eine Mehrheit in der öffentlichen Meinung die Flottenpläne Wilhelms II. noch ablehnte. Selbst unter den Deutschkonservativen, den traditionellen Stützen des Throns, ging das Wort von der »gräßlichen Flotte« um. Die beiden maßgeblichen Protagonisten von Flottenrüstung und »Weltpolitik«, Tirpitz und Bülow, waren noch gar nicht im Amt. Naumann und der Nationalsoziale Verein gehörten folglich zu den Schrittmachern von Marinerüstung und »Weltpolitik«.

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges war Naumann noch ein Verfechter dieser »Weltpolitik«. So hat er das hochgefährliche Vorgehen der Reichsregie-

42 Friedrich Naumann: Asia. Athen, Konstantinopel, Baalbeck, Damaskus, Nazareth, Jerusalem, Kairo, Neapel, Berlin-Schöneberg 1899, 9. Aufl. Berlin 1913.

43 Protokoll über die Vertreterversammlung aller National-Sozialen in Erfurt am 23. bis 25. November 1896, Berlin 1897, S. 40.

44 Friedrich Naumann: National-sozialer Katechismus, in: Derselbe. Werke, Bd. 5, S. 201

45 Ebenda, S. 209.

46 Protokoll über die Vertreterversammlung aller National-Sozialen in Erfurt am 23. bis 25. November 1896, S. 38.

rung während der ersten Marokkokrise in der »Hilfe« ausdrücklich bejaht.⁴⁷ Anfang 1910 konstatierte er bedauernd eine »Unterbilanz der deutschen Weltpolitik«. ⁴⁸ Und im November 1911 beklagte er, dass »Deutschland bei der Aufteilung Afrikas objektiv zu kurz gekommen« sei.⁴⁹ Andererseits beunruhigten ihn die Kriegstreibereien des rechten Lagers, und er begann zu ahnen, dass die Voraussetzungen für eine erfolgreiche deutsche »Weltpolitik« im Sinne Max Webers gar nicht gegeben waren. 1904 nahm Naumann in der »Hilfe« zu dem Buch »Der Weltkrieg« Stellung, das der schriftstellernde Hauptmann a.D. August Niemann vorgelegt hatte. Er tadelte Niemanns »deutsch-nationale Protzenhaftigkeit« und verurteilte seine »Demagogie auf dem Gebiet der auswärtigen Politik«. ⁵⁰ In der »Hilfe« vom 30. August 1908 sprach Naumann sich dann für einen defensiven außenpolitischen Kurs aus.⁵¹

Während der zweiten Marokkokrise 1911, die durch den berüchtigten »Panthersprung« nach Agadir ausgelöst wurde, nahm Naumann in der »Hilfe« eine gemäßigte Position ein und warnte vor »nationalistischen Überpatrioten und der Hysterie der Militärfronte«. ⁵² Nach der Beilegung dieser Krise trumpten in Deutschland die »nationalen« Kreise auf und ergingen sich in nationalistischen Ausfällen gegen die Reichsregierung, namentlich gegen Reichskanzler Bethmann Hollweg. Für Naumann war das inzwischen »nur ein Grund mehr, die Reihen der Friedensfreunde zu stärken«. ⁵³

Dagegen stand Eugen Richter dieser Politik Kaiser Wilhelms II. stets sehr skeptisch gegenüber. Am 18. Mai 1897 hielt er im Reichstag eine Rede, die ungeheures Aufsehen erregte. Richter kritisierte darin den Regierungsstil des Kaisers aufs schärfste, ohne Wilhelm II. beim Namen zu nennen. Er sagte: so könne man vielleicht in Russland noch eine Weile regieren, das deutsche Volk aber würde sich das auf die Dauer nicht gefallen lassen.⁵⁴

Friedrich Naumann hat bekanntlich während seiner nationalsozialen Phase von 1896 bis 1903 große Hoffnungen in Wilhelm II. gesetzt und sich erst im Jahre 1908 im Zusammenhang mit der »Daily Telegraph«-Affäre von seinen Illusionen gelöst.⁵⁵ Die oben zitierten Passagen aus seiner Schrift »Demokratie und Kaisertum« stehen neben Passagen, mit denen sie eigentlich inhaltlich

47 Die Hilfe, Nr. 14 vom 9.4.1905, S. 2.

48 Ebenda, Nr. 1 vom 9.1.1910, S. 3.

49 Ebenda, Nr. 46 vom 16.11.1911, S. 723.

50 Ebenda, Nr. 34 vom 21.8.1904, S. 3.

51 Ebenda, Nr. 35 vom 30.8.1908, S. 558.

52 Ebenda, Nr. 31 vom 3.8.1911, S. 48 f.

53 Ebenda, Nr. 46 vom 16.11.1911, S. 723.

54 Erich Eyck: Das Persönliche Regiment Wilhelms II. Politische Geschichte des Deutschen Kaiserreiches von 1890 bis 1914, Erlenbach-Zürich 1948, S. 171 f.

55 Gerd Fesser: Vom Cäsarismus zum Parlamentarismus. Friedrich Naumanns Haltung gegenüber Kaiser Wilhelm II., in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, 11. Jg., 1999, S. 149 – 157.

unvereinbar sind. Naumann hoffte zu dieser Zeit noch, Wilhelm II. werde sich als »nationaler Imperator« und »Verkörperung des nationalen Gesamtwillens«⁵⁶ künftig auf die Mehrheit des Volkes stützen und sich an die Spitze des Ringens um Fortschritt und Modernisierung stellen.

Deshalb rückte Naumann die modernen Züge Wilhelms in den Vordergrund – seine Flottenrüstung, sein sozialpolitisches Programm von 1890, sein Interesse für die Technik. Er feierte den Kaiser als »Virtuosen des modernen Verkehrszeitalters«⁵⁷ und formulierte geradezu enthusiastisch: »Wenn man im Eisenbahnzuge sitzt, und auf der Nebenschiene rast der Kaiserwagen vorüber, dann denkt man an Wotan und sein Heer, nur daß es kein mythischer Spuk ist, sondern eine Wirklichkeit: es fährt die moderne Zentralperson!«⁵⁸

Das Fazit seiner Ausführungen über die Politik Wilhelms lautete: »Wer das neue industrielle Deutschland will, der muß die Flotte wollen. In diesem Punkt ist unser Kaiser ganz modern und macht sich zum Führer einer unausweichbaren Lebensforderung der Gesamtnation. [. . .] Wir Deutschen haben wieder ein großes praktisch-politisches Ideal, wir glauben an unsere nationale Zukunft und trauen dem, der sie uns zeigt.«⁵⁹

Im folgenden Jahr stellte Naumann in seiner neuen Zeitschrift »Die Zeit« die Frage: »Sind wir eigentlich ein Volk, das sich ohne einen Cäsar selbst regieren kann?«, und er gab die Antwort: der »neudeutsche Cäsarismus« sei kein »geschichtlicher Irrtum«, sondern eine »zeitgeschichtliche Notwendigkeit«.⁶⁰

Naumann hoffte, ein soziales »Volkskaisertum« Wilhelms II. werde zur Verdrängung der alten Elite von der Macht führen und soziale Reformen ermöglichen. De facto jedoch, so hebt Peter Theiner hervor, stellte das Buch »Demokratie und Kaisertum« ein »Votum für eine plebiszitäre Verformung des politischen Systems« dar.⁶¹

Im Herbst 1908 löste dann ein Interview Wilhelms II., das in der britischen Zeitung »Daily Telegraph« erschien, in Deutschland in allen politischen Lagern einen Sturm der Kritik am Kaiser aus.⁶² Auch Naumann musste nun seine Illusionen über den Kaiser aufgeben. Am 8. November erklärte er in der »Hilfe«: »Wenn Wilhelm II. [. . .] fortfahren will, persönliche Politik zu treiben, so wird er es sich zuzuschreiben haben, wenn der Abend seines Lebens sich verdüstert, denn soviel ist jetzt schon klar, daß sich das deutsche Volk

56 Friedrich Naumann. Werke, Bd. 2, S. 265.

57 Ebenda, S. 261.

58 Ebenda, S. 262.

59 Ebenda, S. 328 f.

60 Friedrich Naumann: Im Zeitalter Wilhelms II., in: Die Zeit. Nationalsoziale Wochenschrift, 1. Jg., 1901, Nr. 1, S. 9 f.

61 Peter Theiner, S. 69.

62 Gerd Fesser: Reichskanzler Fürst von Bülow. Architekt der deutschen Weltpolitik, Leipzig 2003, S. 133 ff.

trotz seiner wahrhaft großen Geduld die Wiederholung der Gefährdung des Nationalschicksals durch den Kaiser nicht ins Endlose gefallen lassen wird.«⁶³

Naumann wiederholte damit die Warnung, die Eugen Richter bereits elf Jahre zuvor ausgesprochen hatte. Anfang 1909 veröffentlichte Naumann in der »Hilfe« seinen Artikel »Das Königtum«, in dem es heißt: »Es soll im Namen des Königs und Kaisers regiert werden, aber nicht von ihm. Es soll im Auftrage des Kaisers regiert werden, aber vom Vertrauensmann der Parlamentsmehrheit.«⁶⁴ Naumann war damit einer der ganz wenigen Politiker der späten Kaiserzeit, die in aller Klarheit den Übergang zur parlamentarischen Monarchie forderten.⁶⁵

Die Sozialdemokraten, Naumanns politische Wunschpartner, erhoben ähnliche Forderungen. Paul Singer, einer der beiden Parteivorsitzenden, verlangte am 10. November 1908 im Reichstag, die Entscheidung über Krieg und Frieden solle dem Parlament übertragen werden, es solle künftig ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz geben und der Reichstag solle bei der Ernennung des Reichskanzlers mitwirken können.⁶⁶

Richter und sein Antipode Naumann waren ihrem Wesen nach grundverschieden. Naumann war lernfähig, freilich auch beeinflussbar. Er ist zeitweilig den Verführungen der »Weltpolitik« erlegen, und er hat jahrelang Illusionen über Kaiser Wilhelm II. gehegt. Doch er hat dann auf den liberaldemokratischen Pfad zurückgefunden. Richter hingegen blieb im Richtigen wie im Falschen unbeweglich. Er war, um ein Modewort aufzugreifen, »beratungsresistent«.

63 Zit. nach: Theodor Heuss Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit. 3. Aufl. Hamburg 1968, S. 288.

64 Friedrich Naumann. Werke, Bd. 2, S. 432.

65 Peter Theiner, S. 190.

66 Das persönliche Regiment vor dem Deutschen Reichstage, Berlin 1908, S. 38 ff.

